



Rede

## Die Erwartungen der Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik

---

**Ulrich Grillo,  
Vorsitzender der BDI-Präsidialgruppe  
„Internationale Rohstofffragen“**

**am  
2. BDI-Rohstoffkongress  
20. März 2007  
Haus der Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin**

---

Redezeit: 14.00 Uhr bis 14.30 Uhr

Sperrfrist: 14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband der UNICE

*Hausanschrift*

Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*

11053 Berlin

*Telekontakte*

T: 030 2028-1432

F: 030 2028-2432

*Internet*

[www.bdi-online.de](http://www.bdi-online.de)

Herzlich Willkommen im Herzen des „erschöpften Kontinents“. Herzlich Willkommen in der „Abschiedsgesellschaft“. Herzlich Willkommen zu Beginn des „Zweiten Kalten Krieges“, dem „Kampf um Rohstoffe“. Diese und ähnlich dramatische Begriffe prägen zunehmend die Diskussion um unsere Rohstoffversorgung und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind es längst nicht mehr nur reißerische Schlagzeilen in den Medien.

Inzwischen wird dies immer häufiger auch von renommierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft so gesehen und öffentlich gesagt. Ist es überzogene Hysterie oder stehen wir tatsächlich vor einer entscheidenden Zukunftsfrage?

Klar ist: Energiemangel und Rohstoffknappheit sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Versorgung Deutschlands und Europas mit Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Bedingungen ist von strategischer Bedeutung und liegt im nationalen und europäischen Interesse. Ich freue mich, dass Bundeskanzlerin Merkel heute Morgen diese gemeinsame Überzeugung nochmals ausdrücklich betont hat.

Klar ist auch: Die Welt hat sich verändert. Länder wie Russland und China betreiben eine geostrategisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit dem klaren Ziel, den strategischen Zugang zu Rohstoffen mit massiver politischer Unterstützung zu sichern.

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2005 sowie der Streit mit Weißrussland 2006 haben deutlich gemacht, wie abhängig und verwundbar wir bei unserer Rohstoffversorgung sind. Aber nicht nur bei Öl und Gas, sondern auch bei den nichtenergetischen Rohstoffen zeigt sich dies: Ende 2006 fusionierten die russischen Aluminiumunternehmen Rusal und Sual mit Glencore zum weltgrößten Aluminiumkonzern. Mit ausdrücklicher politischer Unterstützung. Das russische Kartellamt genehmigte die Fusion mit der Begründung, dies stärke die Position Russlands und verschaffe dem Land mehr Einfluss auf den internationalen Märkten.

Chinas Aufstieg ist historisch beispiellos. Es wird voraussichtlich schon nächstes Jahr Deutschland als Exportweltmeister ablösen - mit einem Exportvolumen von dann 1,1 Billionen Euro! China steuert seinen Aufstieg durch gezielte „makroökonomischen Kontrolle“ der gesamten Wertschöpfungskette. Dies bedeutet, dass der Staat eine Fülle unterschiedlicher Instrumente einsetzt, die – einzeln betrachtet – möglicherweise gar nicht so problematisch zu sein scheinen.

Da es sich dabei aber um ein flexibles, genau aufeinander abgestimmtes System handelt, mit dem Ziel, die eigene Wirtschaft zu unterstützen, wirkt es im Ergebnis wettbewerbsverzerrend. Zudem versetzt es China in die Lage, bei zu starkem „externen Druck“, flexibel zu reagieren und eine beanstandete Maßnahme durch eine andere zu ersetzen.

Wir stehen quasi vor einem „moving target“, mit den entsprechenden Schwierigkeiten, die Verzerrungen zeitnah feststellen, nachweisen und erfolgreich bekämpfen zu können.

Ich habe dies im Übrigen bereits in der eigenen Unternehmensgruppe schmerzhaft erfahren müssen. Wir mussten in Spanien einen Zinkoxid-Betrieb aufgrund von Importen aus China zu Dumping-Preisen schließen. Diese Beispiele zeigen: Es handelt sich hier nicht um einen freien Wettbewerb nach gemeinsamen „Spielregeln“. Im Ergebnis führt dies zu einem strategischen Ungleichgewicht zu Lasten des Marktes. Dieses strategische Ungleichgewicht zu Lasten des Marktes führt zu Verknappungen, zu Versorgungsengpässen und -ausfällen und gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Mein Ziel heute Nachmittag ist, bei Ihnen das Bewusstsein zu schärfen, dass das Thema Rohstoffe uns alle angeht und dass wir die Politik brauchen. Herr Thumann hat es bereits heute Morgen erwähnt: Nicht nur Öl und Gas, auch die nichtenergetischen Erze und Metalle sind für den Industriestandort Deutschland strategisch wichtig. Wenn wir kein Benzin mehr bekommen, fahren unsere Autos nicht mehr. Aber: wenn wir keine

Metalle mehr bekommen, brauchen wir kein Benzin mehr, dann haben wir keine Autos mehr!

Seite  
3 von 12

Die Diskussion heute Morgen hat gezeigt: Ja, die Wirtschaft leidet unter den zum Teil exorbitanten Preissteigerungen der letzten Jahre, insbesondere bei metallischen Rohstoffen. Ja, es gibt zum Teil erhebliche Probleme innerhalb der Wertschöpfungskette, diese Preissteigerungen zu „managen“. Ja, es gibt dabei noch unausgeschöpftes „Optimierungspotential“ innerhalb der Unternehmen und der Wertschöpfungskette.

Hierzu gehören die regelmäßige Beschaffung frühzeitiger Informationen über Preis- und Mengenentwicklungen genauso wie die Steigerung der Material- und Prozesseffizienz bis hin zur Vereinbarung langfristiger Preisgleitklauseln und des Hedgings zur Absicherung von Preisschwankungen.

Natürlich haben die gestiegenen Rohstoffpreise auch gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Wir haben aktuell einmal untersuchen lassen, wie sich die Preisentwicklungen seit 2001 bei metallischen und mineralischen Rohstoffen, die wir ja fast alle importieren müssen, auswirkten. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass diese Preissteigerungen in der gesamten Wertschöpfungskette insgesamt zu Zusatzkosten von fast 100 Milliarden Euro und dem Verlust von 148.000 Arbeitsplätzen führten.

Denn: Es kommt zur Substitution. Und: Diese 100 Mrd. Euro fehlen im Portemonnaie der Unternehmen und Konsumenten. Dieses Geld geht an die Rohstofflieferanten, die in fernen Ländern sitzen. Unstrittig ist aber: Das Management der hohen und sehr volatilen Preise und der Rohstoffeinkauf ist in erster Linie Sache der Unternehmen selbst. Es ist und bleibt unsere Aufgabe als Unternehmen und Unternehmer, durch strategische Ausrichtung und Wahrnehmung bestehender Handlungsspielräume unsere Rohstoffversorgung bestmöglich zu sichern.

Wir stellen uns dem Wettbewerb des Marktes und bekennen uns klar zu den ordnungspolitischen Grundsätzen der freien Marktwirtschaft. Allerdings müssen die marktwirtschaftlichen Spielregeln für alle Beteiligten gleichermaßen gelten.

Die Preisentwicklung ist ein Problem, im Ergebnis entscheidend ist aber die Verfügbarkeit der Rohstoffe! Denn selbst bei vollständiger Ausschöpfung des Optimierungspotentials und der Handlungsspielräume der Wirtschaft, wäre das eigentliche Problem immer noch ungelöst:

Aufgrund von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen besteht ein strategisches Ungleichgewicht zu Lasten des Marktes und seiner Akteure, also zu Lasten von uns. Dies kann nur durch die Politik gelöst werden! Nur sie kann für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sorgen. Dabei gilt für die Politik dasselbe wie für die Unternehmen auch:

Wenn sich die Bedingungen ändern, muss man seine Strategie sowie die vorhandenen Instrumente überprüfen, ob sie noch wirksam sind, ob sie scharf genug sind oder sie durch neue ersetzt werden müssen. Wir stehen vor neuen Herausforderungen, dies aber leider mit teilweise alten, stumpf gewordenen Instrumenten.

George Bernhard Shaw sagte zu Recht: „Der einzige Vernünftige ist mein Schneider. Er nimmt jedes Mal neu Maß, wenn er mich trifft.“ Es ist Aufgabe der Politik, auf Einhaltung international vereinbarter Regeln zu bestehen und Sanktionen bei Verstößen durchzusetzen. Es ist Aufgabe der Politik, Optionen gegenüber den Ländern zu schaffen, die sich den internationalen Spielregeln noch nicht unterworfen haben, auf den Märkten aber bereits aktiv sind. Es ist Aufgabe der Politik, Antworten auf die drängenden Probleme zu finden, die dadurch entstehen, dass die internationalen Rohstoffmärkte immer stärker von Akteuren geprägt sind, die gänzlich andere Vorstellungen von der Rolle des Staates bei der Flankierung seiner Wirtschaft und deren Versorgung mit Rohstoffen haben.

Was sollen wir tun, wenn unsere liberalen Vorstellungen und Politikansätze komplett ins Leere laufen? In Schönheit sterben? Oder brauchen wir hier vielleicht doch ein Stück weit einen industriepolitischen Ansatz? Rohstoffverfügbarkeit ist kein Randproblem einzelner Unternehmen oder Branchen. Es geht hier um existentielle Fragen der gesamten Industrie. Was folgt aus dem bisher Gesagten?

Erstens: Rohstoffversorgung ist kein Selbstzweck, sondern von strategischer Bedeutung für die nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas.

Zweitens: Deutschland als Exportweltmeister, aber importabhängiges Land braucht freien Handel und funktionierende Spielregeln. Eine erfolgreiche Rohstoffstrategie erfordert daher eine effiziente politische Flankierung für den Fall eines Regelverstoßes. Nur die Politik kann dafür sorgen, dass die Spielregeln eingehalten werden und dass ein Spieler, der „foult“ die gelbe bzw. rote Karte bekommt. Wenn die Politik als Schiedsrichter den Regelverstoß aber duldet, spielt der heutige Exportweltmeister morgen in der Kreisliga.

Drittens: Eine erfolgreiche Rohstoffstrategie erfordert einen ganzheitlichen Ansatz mit entsprechend flankierenden Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen und Politikfeldern. Die Versorgung mit Rohstoffen ist nicht lediglich eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sondern gleichermaßen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Energie- und Umweltpolitik, der Technologie- und Innovationspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Mittelstandspolitik, der Entwicklungspolitik sowie der Europapolitik.

Ich freue mich daher ganz besonders, dass wir heute Nachmittag in dieser hochrangigen Besetzung zwischen Politik und Wirtschaft gemeinsam über politische Strategien für mehr Rohstoffsicherheit diskutieren können. Ihre Anwesenheit, sehr geehrte Damen und Herren des Bundeskabinetts und der EU-Kommission, ermutigt uns. Es zeigt, dass auf deutscher wie europäischer Regierungsebene Rohstoffverfügbarkeit als strategische Aufgabe zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit

verstanden wird, als Aufgabe, die nur mit einem gemeinsamen und ganzheitlichen Ansatz gelöst werden kann.

Was ist nun konkret zu tun? Angesichts der beschränkten Zeit möchte ich mich gleich auf die Handlungsfelder konzentrieren, deren Ressorts auch nachher durch Politiker in der Diskussion vertreten sind. Gestatten Sie mir aber, dass ich zuvor doch noch einige wenige Worte zum umwelt- und energiepolitisch wichtigen Zusammenhang von Rohstoffen und Recycling sage.

Der Sekundärrohstoffanteil liegt in der Stahlindustrie und der Zinkproduktion bei 42 %. Bei der Kupferproduktion bei 53 % und bei der Bleiproduktion sogar bei 58 %. 2005 wurden in der Kunststoffindustrie rund 4,5 Mio. t der anfallenden Kunststoffabfälle einer Weiterverwertung zugeführt, was einem Verwertungsanteil von 82 % entspricht.

Metalle in Sekundärrohstoffen lassen sich ohne Qualitätsverlust wieder zu hochwertigen Produkten verarbeiten. Zudem ist das Recycling äußerst energieeffizient. So wird beispielsweise zur Erzeugung von Aluminium aus Schrotten nur bis zu 5 Prozent der ursprünglich erforderlichen Energie benötigt! Deutschland verfügt über weltweit vorbildliche, moderne Recyclinganlagen, die höchsten Umwelanforderungen entsprechen. Das Problem ist: Leider stehen die hierfür benötigten Sekundärrohstoffe aufgrund bestehender Handelsverzerrungen häufig nicht ausreichend zur Verfügung.

Die Konsequenz ist, dass der in Europa bestehende Recyclingkreislauf unterbrochen wird, die Sekundärrohstoffe abfließen - zum Beispiel nach China, Indien oder Russland. Dort werden sie zum Teil unter katastrophalen umwelt-, gesundheits- und arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen bearbeitet und fließen am Ende nicht mehr in den Kreislauf zurück. Wir zerstören damit eine funktionierende Kreislaufwirtschaft! Wir sind also mehrfach geschädigt: die Unternehmen investieren mehrstellige Millionenbeträge in eine umweltfreundliche, energie- und materialeffiziente Produktion, um dann mit anzusehen, wie der zum Betrieb dringend benötigte Rohstoff in

ferne Länder abfließt. Dies ist sowohl aus ökonomischer als auch ökologischer Perspektive absurd! Nachhaltige Entwicklung sieht anders aus. Soviel zur Umwelt- und Energiepolitik.

Zur Handelspolitik. Hier ist der Handlungsbedarf akut: Wir haben heute Vormittag gehört, dass die Handelsverzerrungen auf den Rohstoffmärkten vielfältig sind. Exportbeschränkungen, Importsubventionen, Manipulationen beim Zoll usw. Handelsverzerrende Maßnahmen im Rohstoffsektor können sich gravierend auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auswirken. Gegenmaßnahmen sind, wie wir auch schon gehört haben, schwierig. Das kann und darf aber nicht bedeuten, dass wir resignieren.

Auf multilateraler Ebene gilt es vor allem, Rechtslücken zu schließen, vorhandene Regeln zu verbessern und WTO-widrige Praktiken zu ahnden. Was heißt das? Die WTO-Rechtsordnung umfasst derzeit kein Verbot von Exportzöllen. Diese Rechtslücke muss geschlossen werden. Die Kommission sollte sich nicht dadurch beirren lassen, dass ihr erster – von uns sehr begrüßter – Versuch, dies zu tun, leider zunächst gescheitert ist.

Schärfere WTO-Regeln sind vor allem beim „Double Pricing“ erforderlich. Beim „Double Pricing“ wird der Inlandspreis mit Hilfe von Ausfuhrzöllen künstlich unter dem Weltmarktpreis gehalten. Dadurch verschaffen sich diese Länder strategische Vorteile, indem sie die Bedingungen für inländische Akteure verbessern.

Zwar können derartige Praktiken grundsätzlich durch das WTO-Antisubventionsabkommen angegangen werden, doch wirkt Dual Pricing in der Regel zu unspezifisch, um als wettbewerbsverzerrende Subvention eingestuft zu werden. Die WTO-Regeln müssen bezüglich des „Double-Prinzips“ präzisiert und erweitert werden. Auch hier hat die EU einen Vorschlag in die Verhandlungen eingebracht, der die volle Unterstützung der Industrie findet.

Meine Damen und Herren, die WTO-Prozesse sind langwierig. Deshalb müssen Bundesregierung und EU-Kommission alles daran setzen, unsere Rohstoffinteressen in bilaterale Verhandlungen einzubauen. Ich bin überzeugt: Hätte man bilaterale Verhandlungen schon früher auch mit der „Rohstoffbrille“ geführt, dann hätte es die vielen Ausnahmeregelungen für Rohstoffe in den europäisch-chinesischen Verhandlungen zum WTO-Beitritt Chinas nicht gegeben! Heute sind sie Fakt, und zwar vermutlich leider auf lange Zeit.

Ein weiteres negatives Beispiel aus Metallsicht waren die Verhandlungen um den WTO-Beitritt der Ukraine. Ursprünglich bestand dort ein Exportverbot auf Metallschrotte. Da ein derartiges Exportverbot mit den WTO-Regeln nicht vereinbar ist, wurde zunächst die Umwandlung in einen 50 %-Exportzoll erreicht, der in den Folgejahren langfristig bis auf 15 % gesenkt werden soll. Dieses Ergebnis bedeutet jedoch für die davon betroffenen europäischen Unternehmen keinerlei Verbesserung.

Grund hierfür ist, dass beispielsweise die Metallschrott einsetzenden Hütten ihren Ertrag aus dem so genannten „Schmelzlohn“ erzielen. Dieser beträgt nur einen Bruchteil des Preises der Primärrohstoffe - rund 10 Prozent -, d. h. ein Zollsatz in Höhe von 15 % wirkt somit im Ergebnis wie ein Exportverbot, denn er liegt über dem erzielbaren Schmelzlohn.

Was noch? Derzeit bereitet die EU neue bilaterale Verhandlungen vor - mit Indien, Südkorea, ASEAN, Zentralamerika und der Andengemeinschaft. Wenn es tatsächlich zu Verhandlungen kommt, müssen die Regeln für Exportzölle, Double Pricing und wettbewerbsverzerrende Subventionen entsprechend präzisiert werden. Das ist die Erwartung der deutschen Industrie an Kommission und Bundesregierung.

Auf europäischer Ebene wird zurzeit über Möglichkeiten zur Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit der EU diskutiert. Neben der Frage der Positionierung bei multilateralen und bilateralen Handelsabkommen sowie der zu verfolgenden handelspolitischen Strategie beim Umgang mit

Ländern wie China oder Russland, geht es dabei insbesondere auch um die Überprüfung des bestehenden handelspolitischen Schutzinstrumentariums. Dabei ist darauf zu achten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Reform gestärkt und nicht geschwächt wird.

Was meine ich damit: Anfang Dezember 2006 legte die EU-Kommission ein Grünbuch zur Überprüfung der handelspolitischen Schutzinstrumente vor. Die Überlegungen der Kommission tendieren eindeutig dahin, die Möglichkeit der Nutzung handelspolitischer Schutzinstrumente, so z. B. der Antidumping-Verfahren, künftig erheblich einzuschränken. Die EU plant, die entsprechenden Verfahren zukünftig stärker an Importeur-, Konsumenten- oder Verwenderinteressen und weniger am Schutzinteresse der europäischen Produzenten auszurichten. Dieser Ansatz geht insbesondere angesichts der Situation der Rohstoffversorgung und ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit in die falsche Richtung!

Wir sind gegen eine einseitige Aufweichung des europäischen Antidumping-Rechts, solange innerhalb der WTO keine weitergehende Harmonisierung der Verfahren stattfindet, welche deutsche und europäische Unternehmen wirksam vor missbräuchlichen und diskriminierenden Antidumping-Verfahren in Drittländern schützt.

Meine Damen und Herren, die handelspolitische Kompetenz liegt in Brüssel. Die Bundesregierung hat ein gewichtiges Wort mitzureden, aber sie redet eben nur mit. Die Außenpolitik gestaltet sie hingegen selbst. Der größte Teil der weltweiten Rohstoffförderung findet in politisch instabilen Ländern statt. Dies ist an sich schon Grund genug zur Befassung der Außenpolitik mit den Problemen der Rohstoffversorgung.

Die Außenpolitik verfügt über vielfältige Instrumente, auch unsere Rohstoffinteressen zu fördern und handels- und wettbewerbsverzerrenden Praktiken entgegen zu wirken:

Bilaterale Gespräche auf Ebene der Außenminister und Staatssekretäre, bilaterale und regionale Gipfeltreffen, bilaterale gemischte Kommissionen, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Seite  
10 von 12

Diese Instrumente, diese Gelegenheiten müssen konsequent genutzt werden! Unsere Außenpolitik sollte gegenüber rohstoffreichen und wichtigen Verbrauchsländern durchaus noch mehr Rohstoffbewusstsein zeigen, welches von deutschen Interessen geleitet ist. Politische und wirtschaftliche Stabilität der Rohstoffförderländer sind Grundvoraussetzungen für eine sichere Rohstoffversorgung der Abnehmerländer. Hier hat unsere Außenpolitik die überaus wichtige und schwierige Rolle, zur Stabilität von rohstoffreichen Ländern beizutragen. Dies ist auch eine Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Entwicklungspolitik bietet viel mehr Möglichkeiten, zur Sicherheit unserer Rohstoffversorgung beizutragen als gemeinhin angenommen wird. Sie kann in Entwicklungsländern hinwirken auf Rechtssicherheit, Investitionsschutz, Abbau von Exportbeschränkungen oder auch Unterbindung illegalen Exports von Rohstoffen. Das trägt zu privatwirtschaftlichem Engagement dort bei und kann auch uns helfen, unsere Rohstoffimporte sicherer zu machen. Die Entwicklungspolitik kann auch eine wichtige Rolle spielen gegenüber Schwellenländern, die immer stärker und ohne Beachtung international üblicher Standards in Entwicklungsländern aktiv sind. Im Zusammenwirken mit der Außenpolitik muss die Entwicklungspolitik das Ziel verfolgen, diese Länder zu global verantwortungsvollem und nicht nur auf eigenen Nutzen ausgerichtetes Handeln zu veranlassen.

Ein Beispiel hierfür ist China: China hat inzwischen mit einer Reihe von durch die internationale Gemeinschaft geächteten Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika Allianzen geschlossen und in diesen zum Teil erhebliche Investitionen getätigt – unter anderem im Sudan und in Angola. Im November 2006 fand in Peking das afrikanisch-chinesische Gipfeltreffen statt, auf dem China bis 2009 eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe für Afrika zusagte. Ende Januar 2007 reiste der chinesische Staatspräsident

zum zweiten Mal binnen eines Jahres nach Afrika. Es wird erwartet, dass spätestens 2010 das Handelsvolumen zwischen China und Afrika die 100 Milliarden Dollar-Grenze überschreiten wird. Inzwischen warnt beispielsweise der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki davor, dass Chinas Aktivitäten in Afrika den Kontinent zur Unterentwicklung verdammen, da die Gefahr bestehe, zur Kolonie Chinas zu werden. Ob dies in unserem Sinne ist und wie man darauf reagieren sollte, wird sicherlich gleich noch in der Runde diskutiert werden.

Ich komme zur Außenwirtschaftspolitik. Sie ist das klassische nationale Handlungsfeld zur Flankierung der Wirtschaft auf den internationalen Märkten. Die Instrumente sind aber zum Teil modernisierungsbedürftig. Zum Beispiel die Ungebundenen Finanzkredite (UFK): Sie werden traditionell für Rohstoffförderprojekte im Ausland gewährt, über die ein deutsches Unternehmen Rohstoffe bezieht. Derzeit ist das Instrument u. a. aufgrund der Beschränkung der Deckung auf politische Risiken praktisch nur für sehr risikoreiche Länder interessant. Die Einbeziehung wirtschaftlicher Risiken würde das Instrument ohne Frage für die Unternehmen interessanter machen. Auch eine Neuauflage des Explorationsförderprogramms der Bundesregierung ist ernsthaft zu überlegen.

Kürzlich las ich einen interessanten - allerdings eher satirischen - Lösungsansatz des Rohstoffproblems in SPIEGEL online, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Geologen sind sich ziemlich sicher, unter der Deutschen Bucht ein weiteres Ölvorkommen entdeckt zu haben. Im Gebiet „Knechtsand“, rund 20 Kilometer von Cuxhaven entfernt, sollen demnächst Probebohrungen die Vermutungen der Forscher bestätigen. Dadurch werde die deutsche Industrie zwar nicht sofort unabhängig von Importen, doch das sei ja auch erst der Anfang:

Zitat: „Wenn wir bei den Bohrungen tief genug kommen“, so einer der Wissenschaftler, „könnten wir auch die britischen Vorkommen anzapfen.“ Interessant seien auch die Bohrrichtungen Fernost, Saudi-Arabien, eigentlich fast überall hin. „Wir müssen nur darauf achten, dass wir immer

genau von unten kommen“, erläuterte der Geologe die nächsten Vorhaben. Angst vor Gegenbohrungen müsse man erfreulicherweise nicht haben. So viel sei in der Deutschen Bucht nun auch wieder nicht zu holen.“

Wir wissen es, so einfach kommen wir nicht an unsere Rohstoffe. Trotzdem wollen wir keine Industriepolitik im klassischen Sinn. Aber wir sind zur Versorgung unseres Landes auf Rohstoffe anderer angewiesen, die wir uns zu wettbewerbsfähigen Preisen im Rahmen eines freien Welthandels ohne Handelsverzerrungen beschaffen wollen. Wir wollen „Fair Play“! Hierzu brauchen wir dringend die Unterstützung und Flankierung durch die Politik. Nur sie kann die Verzerrungen auf den Märkten bekämpfen und gleiche Spielregeln sichern.

Aber, meine Damen und Herren, keine Industriepolitik und keinen eigenen Protektionismus zu wollen, heißt noch lange nicht, den Kopf in den Sand zu stecken – auch nicht in den „Knechtsand“. In der BDI-Präsidialgruppe sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Bündelung der eigenen Kräfte die Antwort ist, die ein Land wie Deutschland geben kann. Damit ist gemeint, dass Wirtschaft und Politik, und in der Politik alle einschlägigen Ressorts an einem Strang ziehen müssen, wenn es um die Sicherung unserer Rohstoffversorgung geht. Ich bin sehr froh, dass diese Überlegungen im Zuge der Arbeit der BDI-Präsidialgruppe von Teilen der Bundesregierung schon positiv aufgenommen worden sind. Andere werden wir noch überzeugen müssen. Ich hoffe sehr, dass die folgende Diskussion dazu beiträgt. Mein Ziel heute war es vor allem, das Bewusstsein zu schärfen, dass das Thema Rohstoffe uns alle angeht und der Politik klar zu machen, dass sie uns helfen muss. Nicht nur Öl und Gas sind strategische Rohstoffe, auch die nichtenergetischen Erze und Metalle. Ich hoffe, dass ich mein Ziel erreicht habe. Lassen Sie mich enden mit einem Satz des Schweizer Dramatikers Dürrenmatt: „Was alle angeht, können nur alle lösen. Jeder Versuch eines Einzelnen, für sich zu lösen, was alle angeht, muss scheitern.“

Das Thema Rohstoffversorgung geht uns alle an! Rohstoffpolitik ist Daueraufgabe. Rohstoffpolitik ist Gemeinschaftsaufgabe. Rohstoffpolitik ist Zukunftssicherung!